

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telephon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

**Insertenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.80 M., bei Plauvorchrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Seite 1.70 M., Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer mittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Will Kahr reden?

München, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. Z.) Wie unser Münchener Berichterstatter erfährt, soll angeblich am Mittwoch eine besondere Plenarsitzung des Landtages einberufen werden, in der der Ministerpräsident Aufklärung über die von den sozialistischen Parteien in bezug auf die Entwaffnungsfrage gestellten Fragen geben will.

Die Dena meldet über dasselbe Thema unterm 12. Februar: Ministerpräsident von Kahr ist nach den gestrigen Lärmzügen im bayerischen Landtag gewillt, dem Vorstoß der Sozialdemokratie gegen seine Regierung, der in den gestrigen Vorfällen zum Ausdruck kam, entgegenzuwirken, indem er sich zu weitgehenden Aufschlüssen bereit erklärt hat. Da der Protest der Sozialdemokratie im Landtag in der Hauptsache durch die langwierigen Beratungen zur Feststellung der Antwort an die Reichsregierung und durch deren Nichtveröffentlichung hervorgerufen ist, treten die heutigen Münchener Morgenblätter dafür ein, daß der Wortlaut nunmehr bekanntgegeben wird. Die Veröffentlichung dürfte aber nicht bloßer Formalitäten halber, über den Sonntag hinaus zurückgefallen werden.

Nach anderen Meldungen ist die Note der bayerischen Regierung in Berlin eingegangen. Die Regierung Kahr fordert aber ihre Geheimhaltung!

Die Nachricht, daß Kahr Aufklärung geben will, muß deshalb mit Vorbehalt aufgenommen werden. Zumal auch die Erklärung der Regierung, die als die Unterwerfung unter das Entwaffnungsgebot aufgefaßt wird, von bayerischen Ordnungsbüchern wieder in einem Sinne ausgelegt wird, der erneuten Widerstand sehr ähnlich sieht.

Uebrigens besagt eine Meldung der Agence Havas vom 12. Februar:

Der deutschen Regierung ist am 9. d. M. eine Mitteilung zugegangen, wonach die Alliierten es ablehnen, in London über die Entwaffnungsfrage mit Deutschland zu verhandeln. Die Verhandlungen in London müßten sich ausschließlich auf die Wiedergutmachungsfrage beschränken und die Verzögerung der Entwaffnung über die gewählte Frist hinaus nicht zu den bereits beschlossenen Maßnahmen gegen Deutschland führen.

Die sozialistische Presse Bayerns veröffentlicht Geheimdokumente, die da zeigen, daß u. a. in den Einwohnern noch eine geheime militärische Organisation besteht, das frühere Freikorps „Oberland“, deren Geheimparole ist:

Wir denken niemals daran, unsere Waffen abzugeben oder unsere Vereinigung aufzulösen. Selbst der Aufforderung unserer Regierung, die unsere etwaige Auflösung uns unter dem Druck der Entente verfallen wird, werden wir im gegebenen Falle nicht Folge leisten. Wir werden unter allen Umständen unsere Waffen behalten, wolle uns eines Tages das ganze Volk dankbar sein wird.

In dasselbe Kapitel gehören die folgenden Enthüllungen:

München, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. Z.) Die bayerische Königsparade rückt entschieden von den Nationalisten und Nationalsozialisten ab. Ihr Organ schreibt in seiner Nummer 7: „Wenn seitens der Nationalisten jetzt geheime und anonyme Kräfte am Werke waren oder noch sind, ihre grundsätzliche Haltung, die sie bisher eingenommen haben, aber Wort zu werfen, daß sie in ihrem weitestgehenden Streben nach äußerer Macht nicht zurückweichen, die Weisenselbstmitleidigkeiten der sogenannten Ordnungsgeliebten Bayerns einfach über den Haufen zu werfen, das führt zu jenem Wideraufstehen der anarchistischen Gefahr. So konnte der bayerischen Staatsregierung, sofern sie überhaupt noch zu den politisch unterrichteten Personenzirkeln des Landes gehören will, nicht verborgen bleiben, daß man mit dem Gedanken der Aufrufung einer Schein-Republik, mit dem Abenteuer vom Nationalsozialismus, ernstlich spielte und daß gerade solche Personenzirkel dem Abenteuer nahegetreten, die sich für die Aufrechterhaltung der Staatsbürgerlichen Ordnung wesentlich mit verantwortlich hatten. Die bayerische Staatsregierung hat nichts getan, um die Hoffnung dieser Kreise auf Erfolg rechtfertigen zu können. Man bekommt so unwillkürlich den Eindruck, als wenn in der Passivität der Münchener Polizei gegenüber diesen Fragen eine gewisse Aufmunterung gelegen wäre, dafür aber spielte man, wie an allen Orten anonyme Kräfte am Werke waren, die Faktoren der Staatsgewalt vor vollendete Tatsachen zu stellen.“ Diese Warnung des monarchistischen Blattes zeigt, daß die Nationalisten wieder eifrig am Werke sind, neuerdings ihre Pläne durchzuführen.

### Eine internationale Abrüstungskonferenz?

Der Kapitalismus hat wieder einmal gute Vorläufe, mit denen bekanntlich der Weg zur Hölle gepflastert ist. Er will den Völkern die Last der militärischen Rüstung leichter machen, was angesichts der Finanzzerstückelung durch den Weltkrieg allerdings eine sehr dringliche Aufgabe wäre. Vor kurzer Zeit hieß es, daß der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Harding, sobald nach dem Austritt seines Amtes eine internationale Abrüstungskonferenz nach Philadelphia einberufen werde. Jetzt wird gemeldet, daß Englands Regierung ihm mit der Einberufung zu solcher Tagung zuvorkommt. Aus London wird vom 12. Februar gemeldet:

Der englische Vorkämpfer in Washington hat den Antrag erhalten, die amerikanische Regierung zu einer Konferenz einzuladen, auf der die Frage des allgemeinen Abrüstungs von allen

Großmächten beraten werden soll. Die Konferenz soll im nächsten Herbst stattfinden. Der neue Präsident Harding soll erklärt haben, daß er mit ganzem Herzen an der Verwirklichung des Abrüstungsproblems mitarbeiten werde.

Diese Einladung Englands an Amerika steht fast wie ein Versuch aus, ein bedenkliches Wort zu vermeiden, das der englische Vorkämpfer in Amerika bei seinem derzeitigen Aufenthalt in London — nicht gesprochen haben will. Die amerikanische Hearst-Presse hatte ihm folgende Sätze in den Mund gelegt:

„Ich stelle fest, daß die Londoner und Engländer im allgemeinen sich keine Rechenschaft darüber abgeben, daß ihre Interessen mit denen der Vereinigten Staaten verbunden sind. Andererseits wissen gewisse Amerikaner nicht, was das England von heute ist. Sie haben immer noch die Vorstellung, es sei das England der Vorkriegszeit. Jedes der beiden Länder macht die Befriedigung der Forderungen des anderen unmöglich. Es ist ungescheit, daß diese beiden großen Nationen, von denen so unerschöpfliche Interessen abhängen, sich in einen Bruch oder in den Krieg hineinstürzen lassen. Und das ist dies der Weg, den wir gegenwärtig verfolgen. Ein englisch-amerikanischer Krieg wäre für die Welt eine katastrophale allererstete Ordnung.“

Die Erregung, die diese Neuherung in Amerika hervorrief, hat die englische Regierung veranlaßt, sie abzuleugnen. Sir Alanhead Geddes, der Vorkämpfer, hat auch erklärt, daß er sie nicht anstand habe, die Hearst-Presse hat sich bei ihm entschuldigt und ausdrücklich ist die Sache beigegeben. Menschheit — daß in Wirklichkeit ernste Spannungen bestehen, geht schon aus dem Bestreben der beiden angeführten Staaten hervor, einen Ausgleich ihrer Forderungen zu finden. England, das sonst in der Frage der Flottenrüstung stets auf dem Standpunkt beharrte, daß keine Flotte größer sein müsse, als die aller anderen Seemächte zusammen, zeigt sich jetzt zu Zugeständnissen bereit. Der englische Vorkämpfer in Washington soll ermächtigt sein, der amerikanischen Regierung zu erklären, England teile den amerikanischen Standpunkt, daß die Flotte gleicher Größe sein müsse. England hat eine Riesenslotte, Amerika bringt sie auf den gleichen Stand. So etwas nennt man dann Abrüstung und Friedenssicherung.

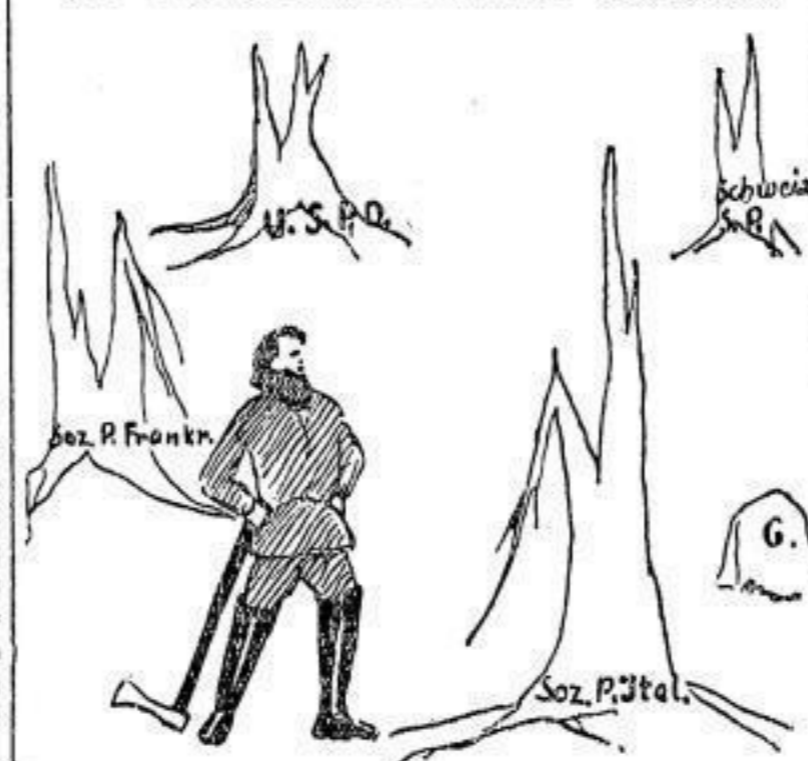
Die japanische Kammer hat mit 285 gegen 38 Stimmen eine Entschliebung, die die teilweise Abrüstung zur See verlangt, abgelehnt.

Die Oppositionspartei hatte den Antrag eingebracht. Er forderte, daß Japan im Einvernehmen mit England und Amerika seine maritimen Rüstungen einschränke, bezugsnehmend die Herabsetzung der japanischen Heeresstärke entsprechend den Vorschriften des Völkerbündepaktes. (?)

### Die internationale Reaktion.

Kommunistenverfolgungen in Finnland. Helsinki, 12. Februar. Das Hofgericht in Abo verurteilte das Urteil gegen die Gründer der finnischen kommunistischen Partei. Wegen die im vergangenen Frühjahr eine Klage wegen Vorbereitung zum Hochverrat angestrengt wurde. Die vierzehn Angeklagten wurden zu Zuchthausstrafen von fünf bis vierzehn Jahren verurteilt.

### Wie der Kommunismus den Boden für die Weltrevolution bereitet.



„Schon wieder eine Spaltung mit 21 Streichen vollbracht!“

### Oberschlesien und der Sozialismus.

Walter Dohme, Berlin.

Die polnische Presse Polens wie Oberschlesiens und auch ein Teil der polnisch orientierten deutschen Presse Oberschlesiens beschäftigen sich mit den Ausführungen, die ich über das Problem Oberschlesiens vom Standpunkt des Sozialismus aus an dieser Stelle gemacht habe. Auf die Äußerungen der bürgerlichen Presse, die sich in Verdrehungen und Entstellungen meines Artikels zur polnischen Propaganda gefallen, will ich nicht eingehen, dagegen scheint es mir notwendig, sich mit den Ausführungen auseinanderzusetzen, die am 15. Januar in dem sozialistischen polnischen Organ Oberschlesiens, der in Katowitz erscheinenden Gazeta Robotnicza, über meinen Artikel gemacht worden sind. Es ist bemerkenswert, daß die Gazeta Robotnicza in voller Sachlichkeit und wenigstens in der Form sich frei haltend von nationalitätlichen Ausfällen, das schwierige Problem behandelt.

Die Gazeta Robotnicza behauptet, daß die Angliederung Oberschlesiens an Deutschland von allen Schichten der polnischen Bevölkerung, auch der Arbeiter, als Unrecht empfunden würde und deshalb eine Revanche-Idee in Polen entstehen müsse, die auch bei der Arbeiterschaft die Entwicklung des internationalen Sozialismus verhindern. Der Verfasser vergißt leider, daß dies keine Erledigung der Frage sein kann, da diese Erledigung in wahrlich höchstem Maße im umgekehrten Falle in Deutschland eintreten wird. Der Artikel behauptet weiter, daß Deutschland die ober-schlesische Kohle für einen Revanchekrieg gegen Frankreich benutzen werde. Er verkennt leider, daß die Gefahr, daß Polen die ober-schlesische Kohle gegen Sowjetrußland denkt, viel größer ist. Die deutsche Arbeiterschaft ist stark genug, sich gegen einen Revanchekrieg zu wehren. Sie hat den Versuch der reaktionären Mittenern Reaktionäre im Rapp-Bußch in vorbildlicher Weise gescheitert gemacht, während die polnische Arbeiterschaft unter Führung der polnischen sozialistischen Partei Monate hindurch sich in den Dienst der Entente, in den Sold des Entente-Kapitalismus zur Bekämpfung der roten Armeen in Sowjetrußland gestellt hat. Gerade die Erwägungen über die Möglichkeit eines Aufbaues der Kriegsindustrie in Oberschlesien ergeben im Interesse des internationalen Sozialismus die Forderung, daß dieses Gebiet unter Kontrolle der starken Arbeiterorganisationen steht und nicht den noch bis vor kurzem im nationalitätlichen Zuhälter gefolten, bedeutungslosen polnischen Arbeiterorganisationen überliefert wird. Es ist eigenartig, daß die Gazeta Robotnicza immer von einer Benachteiligung der polnischen Arbeiter in Oberschlesien spricht. Wir müssen hier einmal in aller Deutlichkeit erklären, daß es für einen internationalen Sozialisten in Oberschlesien weder eine polnische noch deutsche Arbeiterschaft gibt. Wir kennen nur die große ober-schlesische Arbeiterfrage, in der nationalitätliche Momente überhaupt nicht in Frage kommen können, sondern die einzig und allein vom internationalen Gesichtspunkte aus gelöst werden kann. Es ist tief bedauerlich, daß die sozialistische polnische Presse Oberschlesiens es für ihre Pflicht hält, nationalitätliche Ideen mit einer wahren Begeisterung in die Arbeiterschaft zu tragen. Denn ganze Artikel sprechen nur vom nationalitätlichen Kampf und kennzeichnen internationale Beweggründe überhaupt nicht. Anstatt gegen die nationalitätliche Verhüllung Front zu machen, unterstützt die polnische sozialistische Presse noch diese, die Arbeiterschaft verwirrende Propaganda und scheut sich nicht, von Oberschlesien als dem zweiten Elsch-Pohlbringen zu sprechen! Diese Gedankengänge müssen wir als unsozialistisch weit von uns weisen, sie zeigen nur, wie weit entfernt die polnischen Sozialisten noch von der wahren Erkenntnis des Sozialismus sind. Vielleicht helfen einige prinzipielle Fragen unsern Genossen in Polen und in Oberschlesien zur besseren Erkenntnis der sozialistischen Ideen.

Wir Sozialisten sind uns darüber im klaren, daß der Volksabstimmungskampf um Oberschlesien für den internationalen Sozialismus nur ein verhältnismäßig unbedeutendes Ereignis angesichts des kommenden großen Kampfes zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft ist. Für diesen Kampf aber kennen wir weder polnische noch deutsche Arbeiterschaft, sondern nur eine geschlossene ober-schlesische Arbeiterorganisation. Von diesen ober-schlesischen Arbeitern verlangen wir, daß sie sich heute klarmachen, an welcher Seite sie diesen großen Kampf zwischen Kapitalismus und Arbeiter besser werden führen können. Unsere polnisch sprechenden Genossen werden nicht leugnen, daß die ober-schlesische Arbeiterschaft noch weit hinter der sozialistisch geschulten, organisatorisch durchgebildeten, an proletarischer Disziplin gewöhnten, übrigen deutschen Arbeiterschaft zurücksteht. Unsere polnischen Genossen werden weiter nicht bestreiten, daß nur systematische, energische Aufklärungsarbeit die ober-schlesische Arbeiterschaft nach rechts für diesen Kampf stärken und in ihrer Klassenkenntnis reif machen kann. Unsere polnischen Genossen werden uns auch zeigen müssen, daß die sozialistische Bewegung in Polen nicht nur